



Karin Strenz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75040

Fax 030 227 – 76411

E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

Presseerklärung

Ich erlaube mir, vorweg einige Ausführungen zu meiner politischen Überzeugung dazustellen.

Mir übertrug der Deutsche Bundestag Anfang der 18. Legislaturperiode im Jahre 2013 die Leitung der Parlamentariergruppe Südkaukasus. Dies bedeutet, intensive Kontakte mit den Parlamentariern der Länder Georgien, Armenien und Aserbaidschan zu pflegen und weiterzuentwickeln. Mir war bewusst, dass dies eine große Herausforderung sein würde, denn alle genannten Länder entwickeln sich mit ihren Systemen und Mentalitäten mit einem eigenen Tempo und nicht nach einem vorgegebenen Schema, wie wir es für uns nach der Deutschen Einheit festgelegt hatten. Erschwerend hinzu kam, dass zwischen Armenien und Aserbaidschan ein sogenannter „Frozen Conflict“ („Eingefrorener Konflikt“) schwelt, der daraus resultiert, dass Armenien mit dem Angriff auf Chodschali in der Nacht zum 26.2.1992 und darüber hinaus rund 20 Prozent der Landesfläche Aserbaidschans annektierte. Dieses Vorgehen war verbunden mit einem blutigen Massaker an Kindern, Frauen und Männern mit dem Resultat, dass seit dem ungefähr eine Million Binnenflüchtlinge auf ihre Heimat Berg-Karabach und weiterer sieben umliegende Provinzen schauen, aber nicht zurückkehren können. Vier UN Resolutionen (822, 853, 874, 884), eine des Europarates, der OSZE und eine des Deutschen Bundestages fordern unmissverständlich die Rückgabe der Gebiete. Die armenische Administration ignoriert diese und damit das Völkerrecht. Es ist für mich keine Frage der Sympathie oder Empathie, sondern ein Frage der Haltung zum Völkerrecht und der territorialen Integrität. Ich lasse nicht ab von dem Glauben, dass Abstimmungen dem Gewissen folgen und nicht einer "Ansprache". Das haben wir uns einmal demokratisch erkämpft und in unserer Verfassung festgeschrieben.

Um einen kleinen Schritt in Richtung Konfliktlösung zu gehen, haben mein Co-Vorsitzender der Parlamentariergruppe Südkaukasus, Johannes Kahrs (SPD) und die Kollegin Doris Barnett (SPD), Leiterin der deutschen Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und ich überlegt, ob es sinnvoll ist, eine Arbeitsgruppe zu installieren, die auf diplomatischem Wege die unterschiedlichen Interessen zusammenbringen und Hürden überwinden kann. Diese Gruppe sollte aus jeweils drei Abgeordneten aus Deutschland (wie gerade benannt), aus Aserbaidschan, aus Armenien und Russland bestehen. Russland, weil es einen entscheidenden Einfluss auf die Geschicke Armeniens hat. Außerdem sollten drei Kollegen aus Österreich dazu kommen, da Österreich den OSZE-Vorsitz in diesem Jahr innehat, den Deutschland im Jahre 2016 bekleidete. Für unser Ansinnen, der Bildung einer solchen „Task Force“, befragten wir



Karin Strenz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75040

Fax 030 227 – 76411

E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

Presseerklärung

die Südkaukasusexperten des Kanzleramtes und des Auswärtiges Amtes. Schriftlich wurde uns mitgeteilt, dass sowohl der Kanzleramtsminister Peter Altmaier, als auch der damalige Außenminister und heutiger Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diese Idee grundsätzlich unterstützen. Wir bekamen die Zusagen Aserbaidschans und Österreichs. Trotz eines Gespräches mit dem russischen Botschafter und armenischen Botschafter erhielten wir bis zum heutigen Tag leider keine Zusage zur Zusammenarbeit. Soweit zu meinem politischen Engagement in diesem Bereich.

Als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates besteht die Möglichkeit, sich zu Wahlbeobachtungen bei Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen in Mitgliedsstaaten des Europarates anzumelden und daran teilzunehmen. Dies habe ich getan: 2013, 2015 in Aserbaidschan, 2016 in Kasachstan und in Georgien.

In diesem Zusammenhang wird mir unterstellt, dass mich mögliche persönliche wirtschaftliche Interessen bei meiner Beurteilung des Wahlausganges beeinflusst hätten. Ich kann nur bestätigen, dass dies in keinem Fall so war. Es gibt zwei Möglichkeiten der Wahlbeobachtung: Die am Wahltag oder eine Langzeitwahlbeobachtung über Wochen vor dem Wahltermin. Wenn man also – so wie ich – die Wahl ausschließlich am Wahltag beobachtet und selbst keinerlei Unstimmigkeiten feststellt, wie Stimmenmanipulation, zu viele oder zu wenige Wahlscheine oder unkorrekte Registrierungen, wäre es aus meiner Sicht unlauter, dieses zu behaupten. Wenn Langzeitwahlbeobachter feststellen, dass es ungleiche Behandlung bei Radiowerbung oder Plakatierung gibt oder eine mögliche unberechtigte Nichtzulassung eines Kandidaten zur Wahl, dann wird auch dies in Berichten niedergeschrieben und am Ende final zusammengefasst. Meine Einschätzung zur Wahl beruhte hingegen ausschließlich auf meinen eigenen Wahrnehmungen am Wahltag selbst.

Zudem habe ich auch 2010 an einer Wahlbeobachtung in Aserbaidschan teilgenommen. In diesem Jahr hatte ich meine erste Begegnung mit Herrn Eduard Lintner in der EPP/CD-Fraktion der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Er fragte Kollegen, ob Sie Interesse an einer Wahlbeobachtung in Aserbaidschan hätten. Ich bekundete Interesse und reiste zum Jahresende 2010 nach Aserbaidschan. Damals war mir nicht bekannt, wer diese Mission organisiert und finanziert. Herr Lintner war der Chef der "Gesellschaft für Deutsch Aserbaidschanische Beziehungen"(GEFDAB) und ein Kenner der Region. Am Wahlabend wurde ich im TV interviewt und habe berichtet, dass NACH MEINEN BEOBACHTUNGEN keine



Karin Strenz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75040

Fax 030 227 – 76411

E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

Presseerklärung

Unstimmigkeiten oder Verfehlungen aufgefallen sind. Dies wird mir bis heute von Herrn Schwabe zum Vorwurf gemacht.

Des Weiteren suggerieren die an mich gerichteten Presseanfragen, dass ich in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gegen die Freilassung von politischen Gefangenen gestimmt hätte. Auch dies war nicht der Fall. Ich weise den Vorwurf in aller Deutlichkeit zurück. Am 22. Juni 2015 wurde der Entschließungsantrag „Das Funktionieren der demokratischen Institutionen in Aserbaidschan“ im Plenum der Parlamentarischen Versammlung des Europarates den Mitgliedern zur Abstimmung gestellt. Ich hätte dem Antrag in der Form, wie er zum Anfang des Tagesordnungspunktes eingebracht wurde, sicher zugestimmt. Doch im Verlaufe der Debatte hat es zu den einzelnen Punkten insgesamt 32 Änderungsanträge gegeben. Diese hatten das Ziel, den Antrag verbal in einer Form zu verschärfen, die ich, wie auch viele andere Mitglieder meiner Fraktion im Europarat, schlussendlich nicht mittragen konnten. Im eingebrachten Entwurf wurde unter Punkt 11.4.6. folgendes gefordert: „use all available legal tools to release those prisoners whose detention gives rise to justified doubts and concerns“. Diesem Passus hätte ich zu einhundert Prozent und ohne Zweifel zugestimmt. Denn ein Staat muss alle Zweifel einer Inhaftierung ausräumen. Ich habe nach zahlreichen Änderungsanträgen dem gesamten Antrag allein aufgrund der Verschärfung des Tones nicht zugestimmt. Wenn man etwas zum Besseren erreichen will, und das ist mein Anspruch, darf man den Ton nicht verschärfen, sondern muss Brücken bauen und miteinander reden.

Schließlich wird mir von Herrn Schwabe (Vorsitzender der SPD-Delegation und stellvertretender Leiter der Deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates) und der Presse vorgeworfen, ich hätte bei der Unterzeichnung der „Declaration on conflict of interest of candidates for election observation missions of the Parliament Assembly“ im Juni 2015 gelogen, da ich für eine Tätigkeit für Line M-Trade GmbH Geld aus Aserbaidschan Ende 2014/Anfang 2015 erhalten und diese Zahlungen mein Abstimmungsverhalten beeinflusst hätten. Auch diese Unterstellung weise ich ausdrücklich als unwahr zurück.

Ich habe weder bei der Unterzeichnung einer Erklärung zur Wahlbeobachtung in Aserbaidschan gegenüber dem Europarat gelogen, noch habe ich mich in meinem Abstimmungsverhalten im Europarat von Dritten beeinflussen bzw. bestechen lassen. Meine



Karin Strenz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75040

Fax 030 227 – 76411

E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

Presseerklärung

Beratertätigkeit für die Line M-Trade GmbH aus Nürnberg beinhaltete das Herstellen von Kontakten zwischen deutschen Unternehmen, die an wirtschaftlichen Beziehungen im postsowjetischen Raum interessiert waren, und der Line M-Trade GmbH. Dabei ging es um den gesamten Raum der postsowjetischen Republiken und nicht nur um Aserbaidschan. Hierfür habe ich mit verschiedenen Unternehmen und Institutionen in meinem Wahlkreis gesprochen und mit diesen erörtert, ob grundsätzlich ein Interesse und die Bereitschaft an wirtschaftlichen Engagements in den postsowjetischen Republiken besteht. Ziel war dabei natürlich vor allem die Schaffung neuer Arbeitsplätze bzw. der Erhalt von Arbeitsplätzen. Die Gespräche fanden mit Unternehmen und Institutionen unterschiedlicher Branchen statt. So ging es u.a. um Bildung, duale Ausbildungsformate, Landwirtschaft, Erneuerbare Energien, Biogasanlagenbau, Pferdezucht, Bautenschutz und die Veredelung von Nahrungsmitteln. Die jeweiligen Kontakte habe ich sodann im gegenseitigen Einvernehmen an die Line M-Trade GmbH weitergeben. Eine über das durch mich erfolgte Herstellen von Kontakten hinausgehende Entwicklung und Nutzung der vermittelten Interessenten-Kontakte durch die Line M-Trade war nicht von meiner Tätigkeit umfasst und entzieht sich daher meiner Kenntnis. Die Tätigkeit für die Line M-Trade GmbH dauerte 3 Monate (November 2014 – Januar 2015). Nach Vertragsende habe ich die Leistung beim Bundestagspräsidenten angegeben und selbstverständlich ordnungsgemäß versteuert. Danach bestand seitens der Line M-Trade GmbH kein weiterer Bedarf an meiner Tätigkeit.

Mir war und ist weder bekannt, dass die Line M-Trade GmbH von Aserbaidschan finanziert wurde, noch hatte ich Veranlassung zu einer solchen Annahme bzw. entsprechenden Nachprüfungen. Nachweisbar stammten die Zahlungen von seinem deutschen Firmenkonto, das heißt, ich habe auch keine Zahlungen aus Aserbaidschan erhalten bzw. hatte Kenntnis von oder Veranlassung zu der Annahme, dass die an mich von der Firma Line M-Trade GmbH mit Sitz in Nürnberg geleisteten Zahlungen aus Aserbaidschan stammten. Auch der Inhaber der Line M-Trade GmbH hat mir dies gegenüber zu keinem Zeitpunkt erwähnt. Ich sehe mich weder im Stande noch gewillt, die Lebens- bzw. wirtschaftlichen Umstände eines Geschäftspartners zu hinterfragen. Offensichtlich wurde die Finanzierung der Line M-Trade GmbH auch erst jetzt im Zuge der Recherchen der Süddeutschen Zeitung bekannt.



Karin Strenz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75040

Fax 030 227 – 76411

E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

Presseerklärung

Wie bereits dargestellt, ging es bei meiner Tätigkeit allein um das Herstellen von Kontakten deutscher Unternehmen, die an einem wirtschaftlichen Engagement im gesamten postsowjetischen Raum interessiert waren, mit der Line M-Trade GmbH. Ich wusste nicht, dass es sich bei der Line M-Trade um eine aus Aserbaidschan finanzierte Gesellschaft handelte. Dies nicht zuletzt deswegen, weil sich meine Tätigkeit zu keinem Zeitpunkt allein auf Aserbaidschan bezog bzw. beziehen sollte.

Aus diesem Grund habe ich auch die „Declaration on conflict of interest of candidates for election observation missions of the Parliament Assembly“ im Juni 2015 ohne jeden Zweifel unterzeichnet.

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass die Vorwürfe gegen mich nicht haltbar sind. Weder bei der Abstimmung am 22. Juni 2015 in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates noch bei der Wahlbeobachtungsmission lag ein Interessenkonflikt vor. Meine Berührungspunkte mit Aserbaidschan haben sich ausschließlich auf meine Funktionen als Vorsitzende der Parlamentariergruppe Südkaukasus und als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beschränkt. Deshalb weise ich den Vorwurf der „Lüge“ und „Korruption“ ausdrücklich zurück.

Zudem habe ich, wie mir auch vorgeworfen wurde, weder davor noch danach als Lobbyisten für Aserbaidschan fungiert. Mit dem Beratervertrag der Line-M-Trade GmbH habe ich nur ein Ziel verfolgt: Die Schaffung neuer bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen. Die Förderung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen verschiedenen Staaten ist in meinen Augen ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung einzelner Länder.

Viele Medien haben in den vergangenen Wochen berichtet, ich hätte eine besondere Nähe zu Aserbaidschan bzw. würde gar als Lobbyistin fungieren. Um Ihnen ein umfassendes Bild in meine Arbeit als Vorsitzende der Parlamentariergruppe Südkaukasus zu ermöglichen, möchte ich chronologisch auflisten, welche Aktivitäten der Parlamentariergruppe (PG) möglich waren, welche nicht und auch warum.



Karin Strenz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75040

Fax 030 227 – 76411

E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

Presseerklärung

- Am 3. Juli 2014 konstituierte sich der PG-Vorstand, besprach die Terminplanung und die aktuelle Lage in den Partnerländern.
- Am 6. Oktober 2014 gab es ein Gespräch mit dem Georgischen Botschafter Prof. Dr. Lado Chanturia zu den Deutsch-Georgischen Beziehungen.
- Am 13. November 2014 wurde die erste PG-Reise in den Südkaukasus besprochen.
- Am 2. Dezember 2014 empfing ich in meinem Büro die georgische Justizministerin, Frau Tea Tsulukiani.
- Am 4. Februar 2015 empfing ich in meinem Büro die deutsche Botschafterin in Aserbaidschan, Frau Heidrun Tempel. Wir besprachen die aktuelle Situation in Aserbaidschan mit Blick auf die anstehende Delegationsreise.
- Am 18. März 2015 empfing ich in meinem Büro Frau Agnieszka Czenszak vom Bildungswerk der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommern e.V. und erörterten Projektarbeit im Südkaukasus.
- Am 4. Mai 2015 empfing ich die Außenministerin Georgiens, Frau Tamar Beruchashvili.
- Am 4. Mai 2015 gab es für die PG ein Kennlerngespräch in der Botschaft der Republik Aserbaidschan, insbesondere zu den bilateralen Beziehungen. Vorgestellt wurde das Konzept der ASAN-Center.
- Am 7. Mai 2015 gab es eine weitere Besprechung zur Delegationsreise Georgien und Aserbaidschan. Die Reise fand statt vom 10.-18. Mai 2015.
- Am 20. Mai 2015 gab es ein Gespräch mit Vugar Gojayev, Menschenrechtler aus Aserbaidschan und Vertretern von Human Rights Watch.
- Am 1. Juli 2015 waren wir im Gespräch mit Vertretern des Deutschen Olympischen Sportbundes über die ersten Europäischen Sportspiele in Baku.
- Am 10. September 2015 trafen wir auf Frau Rachel Denver, stellvertretende Leiterin der Abteilung Europa/ Zentralasien von Human Right Watch zur Menschenrechtslage in Armenien.
- Am 17. Februar 2016 gab es ein Gespräch mit der deutschen Botschafterin in Aserbaidschan.
- Am 23. Februar 2016 empfing ich eine Delegation aus Georgien zum Thema "Strategische Europakommission".
- Am 12. April 2016 führte die PG ein Gespräch mit dem Botschafter der Republik Armenien, Herrn Ashot Smbatyan. ☞ 27. April 2016 Vorstandssitzung.



Karin Strenz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75040

Fax 030 227 – 76411

E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

Presseerklärung

- Am 12. Mai 2016 habe ich eine aserbaidische Delegation unter der Leitung des Vorsitzenden der Freundschaftsgruppe Roshan Rzayev.
- Am 9. Juni habe ich mit dem georgischen Parlamentspräsidenten S.E. David Usupashvili zum Thema Visafreiheit ein Gespräch geführt.
- Vom 21.-24. November habe ich eine Delegation der Nationalversammlung der Republik Armenien empfangen und begleitet.
- Am 17. Januar 2017 führte ich ein Informationsgespräch mit dem georgischen Botschafter zum Deutsch-Georgischen Jahr 2017/18.
- Am 6.-10. März Empfang einer georgischen Delegation des dortigen Parlamentes.
- 29. März 2017 Gespräch mit hochrangigen Vertretern des georgischen Parlamentes, des nationalen Rechnungshofes und des Finanzministeriums zum Thema "Annäherung von Systemen an europäische Standards."

Wenn Sie sich diese Aufzählung ansehen, wird deutlich, dass es mit Aserbaidisch und Georgien einen intensiven Austausch gegeben hat. Armenien hat das Angebot einer Zusammenarbeit in dieser Form nicht angenommen, dies möchte ich im Folgenden erläutern:

- Am 2. Juli 2015 war ein Treffen mit der Parlamentariergruppe Südkaukasus in der armenischen Botschaft geplant. Das Sekretariat der Parlamentariergruppe teilte in einer E-Mail Folgendes mit: „Aufgrund des mangelnden Interesses der Mitglieder der Parlamentariergruppe an dem Empfang in der armenischen Botschaft am Donnerstag, den 2. Juli um 19:30 Uhr hat die Botschaft beschlossen, den Termin abzusagen“.
- Am 12. November 2015 teilte das Parlamentariergruppensekretariat den Mitgliedern meine PG mit, dass „wegen der namentlichen Abstimmung [...] das heutige Gespräch in der Botschaft der Republik Armenien [...]“ entfällt.
- In einer weiteren E-Mail des PG-Sekretariates ist im Zusammenhang mit einer geplanten Delegationsreise nach Georgien/Armenien (18.-24. April 2017) die Empfehlung der Botschaft in Erewan an uns herangetragen worden, die Reise Ende Mai/Juni 2017 stattfinden zu lassen.
- Vom 11. – 14. Juni 2017 habe ich die Delegationsreise nach Georgien geleitet. Geplant und organisiert war auch der Besuch Armeniens. Eine offizielle Verbalnote des armenischen Außenministeriums hat uns wissen lassen, dass der Besuch deutscher



Karin Strenz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75040

Fax 030 227 – 76411

E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

Presseerklärung

Parlamentarier aufgrund der hohen Arbeitsbelastung des neu gewählten Parlamentes nicht möglich sei.

Anhand dieser Auflistung sehen Sie, dass ein intensiverer Kontakt seitens der armenischen Administration nicht erwünscht war. Damit entfällt auch der Vorwurf, ich sei eine Aserbaidschan-Lobbyistin. Gerne hätte ich die Möglichkeit genutzt, die Menschen und das Land näher kennenzulernen.

Ich habe mich stets bemüht, Brücken zu bauen. Sowohl meine Haltung zu den bereits eingangs erwähnten verbal-verschärften Entschließungsanträgen als auch meine Initiative zur Gründung einer „Taskforce-Karabach“ sollten dies untermauern. Ich habe unglaublich viel Energie in die Intensivierung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Annäherung der europäischen und südkaukasischen Region investiert. Insbesondere der Frieden im Südkaukasus hat mich in meiner internationalen Arbeit beseelt.

Eine Annäherung auf wirtschaftlicher Ebene hat den Vorteil, das Miteinander sowohl im Südkaukasus als auch in Europa insgesamt zu stärken.

Stabilität im Südkaukasus ist für Deutschland und für Europa insgesamt von großem Interesse. Die drei südkaukasischen Länder bilden eine wichtige Verbindung Europas zu Zentral- und Südwestasien. Die Region kann als Förder- und Transitgebiet für fossile Energieträger aus dem kaspischen Raum eine wichtige Bedeutung für die Sicherheit der Energieversorgung Deutschlands und Europas spielen.

Wohlstand und zunehmende Zufriedenheit, die zum einen von der wirtschaftlichen Entwicklung und zum anderen von dem Bewusstsein, in friedlicher Nachbarschaft zusammenleben zu können, abhängen, bieten die Chance auf kulturelle und politische Stabilität und Weiterentwicklung der Südkaukasus-Region. In den zahlreichen Berichten in den Medien hat man mir unterstellt, mit meinen Aktivitäten die Situation der Menschenrechte zu ignorieren – dieser Vorwurf ist absurd und das möchte ich begründen: Während der Parlamentariergruppensitzungen haben wir das Thema selbstverständlich bearbeitet. Und auch vor Ort in Baku habe ich Vertreter von NGOs zum Gespräch getroffen. Diese selbst haben auf Diskretion bestanden mit dem Hinweis darauf, dass öffentliche Berichterstattungen und druckvolle laute Forderungen aus dem Ausland ihre Arbeit im Grunde nur behindern. Beide



Karin Strenz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75040

Fax 030 227 – 76411

E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

Presseerklärung

Gespräche habe ich in den Räumen der deutschen Botschaft in Baku geführt in Anwesenheit der damaligen Botschafterin Dr. Heidrun Tempel und dem Referenten des heutigen Botschafters. Ein drittes Gespräch kam nicht zustande, da es auch in Aserbaidschan Feiertage gibt. Die NGO Vertreter versicherten, dass sie auf einem guten Weg zu einem vorzeigbaren Rechtsstaat sind, allerdings auch ihre Zeit benötigen, die man ihnen gewähren möge.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass dies scheinbar nicht gewollt ist. Deshalb sehe ich mich gezwungen, über die Frage einer weiteren Mitwirkung in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates intensiv nachzudenken. Hier konnte ich meine politischen Ziele nicht verwirklichen – im Gegenteil, der Glaube an das Gute soll mir zum Verhängnis werden. Über meine Entscheidung werde ich Sie gerne informieren. Meine Idee werde ich nicht aufgeben.

Berlin, 7. November 2017